

## **KURZPROTOKOLL**

29. Sitzung  
des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
am Donnerstag, dem 22. Januar 2004, 09.00 Uhr,  
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Ilka Lochner- Borst

### **EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG**

Öffentliche Anhörung zum Thema

**„Konsequenzen des Stellenabbaus für die Hochschulen in  
Mecklenburg-Vorpommern“**

hierzu: Anlagen 1 bis 9

## **EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG**

Öffentliche Anhörung zum Thema  
**„Konsequenzen des Stellenabbaus für die Hochschulen in  
Mecklenburg-Vorpommern“**

hierzu: Anlage 1 bis 9

Vors. **Ilka Lochner-Borst** führt aus, sie danke den anwesenden Sachverständigen für ihre Bereitschaft, sich dem Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur als externen Sachverständigen zur Verfügung zu stellen. Sie erklärt den Anwesenden die Regelung und den Verlauf der öffentlichen Anhörung.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel** (Rektor der Universität Rostock) gibt die Stellungnahme zur Kenntnis (Anlage 1).

**Prof. Dr. Rainer Westermann** (Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) verliest die Stellungnahme (Anlage 2).

**Prof. Dr. Hartmut Möller** (Rektor der Hochschule für Musik und Theater Rostock) legt dar, dass Stellenkürzungen beim vorhandenen Stellenbestand gravierende Auswirkungen hätten. Man müsste z.B. das Institut für Schauspiel zur Verfügung stellen, welches im deutschen Sprachbereich an der Spitze stehe, obwohl dort nur 4 Professoren und Lehrbeauftragte unterrichten würden. Die andere Alternative wäre die Schulmusikausbildung mit ebenfalls nur 4 Professoren. Die Tatsache, dass Schulen zum Schwerpunktbereich zählen begrüße er, aber dann gehörten Hochschulen unbedingt dazu.

**Prof. Dr. Werner Melle** (Rektor der Fachhochschule Neubrandenburg) gibt ein Statement ab (Anlage 3).

**Prof. Dr. Josef H. Meyer-Fujara** (Rektor der Fachhochschule Stralsund) gibt die Stellungnahme zur Kenntnis (Anlage 4).

**Prof. Dr. Norbert Grünwald** (Rektor der Hochschule Wismar, Fachhochschule für Technik,

Wirtschaft und Gestaltung) erklärt, dass die verlangte Erweiterung der kw-Vermerke bedenklich sei, da eine auskömmliche Ausstattung der Hochschule zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 3 LHG- MV dann nicht mehr gewährleistet werden könne. Ein derart gekürzter Stellenplan entspreche nicht den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 16 Abs. 1 LHG. Die vorgesehenen Sparmaßnahmen seien nicht mit der Hochschule abgestimmt. Es werde Hochschulplanung im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen unmöglich gemacht. Die Ausbringung der kw- Vermerke bzw. der Kündigungen im geforderten Umfang würde zur Schließung von Studiengängen bzw. ganzer Fachbereiche führen. Somit liege hier ein Verstoß gegen § 11 LHG vor. Die Hochschulen bringen ihren Beitrag zum Sparen im öffentlichen Haushalt im Rahmen des Hochschulkorridors.

**Prof. Dr. Reiner Biffar** (Dekan der Medizinischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) verweist auf sein schriftliches Statement (Anlage 5).

**Prof. Dr. Rudolf Guthoff** (Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock) erklärt, dass man die Aufgabe in Forschung, Lehre und Krankenversorgung vertrete. Man könne nachschauen, wo die Medizinische Fakultät stehe, nämlich an Platz 2 von 37, und darüber nachdenken, welche anderen Landesstrukturen ähnlich hoch im Ansehen oder in der Leistung stehen würden. Wenn man ihnen die Möglichkeit des Fortschritts nehme und man nur noch das Kerngeschäft Studentenausbildung im ganz engen Sinne wahrnehmen könne, dann werde ihnen keine der großen Forschungsorganisationen zutrauen, dass man die Grundausrüstung, die man zum Beantragen ihrer 120 Drittmittelbeschäftigten benötige, tatsächlich vorhalten könne. Wenn die Stelleneinsparungen auch nur annähernd umgesetzt würden, würde der nachweislich gute Ruf der Fakultät dauerhaft beschädigt. Die wissenschaftliche Weiterentwicklung, die zu einer Menge Firmengründungen und Firmenansiedlungen in Rostock geführt habe, sei nur durch enge Interaktion mit den Entwicklungen an einer Fakultät möglich.

**Prof. Dr. Bodo von Bodungen** (Direktor des Instituts für Ostseeforschung Warnemünde) verweist auf seine schriftliche Stellungnahme (Anlage 6).

**Herr Joachim Wittern** (Kanzler der Universität Rostock) weist darauf hin, dass die Hochschulen mit einem politischen Problem konfrontiert seien, das man mit mangelnder Glaubhaftigkeit und Wahrhaftigkeit der Landespolitik, mit mangelnder Planbarkeit der Politik und mit Realitätsverlust der Landespolitik beschreiben müsse. Wie passe es zusammen, dass die Hochschulen als „Zukunftsinvestitionsinstrument“ für dieses Land und als Sicherung in diesem Sinne verstanden würden, wenn man gleichzeitig Personalstellen, Personalkapazitäten und Investitionsmöglichkeiten drastisch reduziere. Was in Rostock aussehe wie die Beendigung des Hochschulbaus, sei nichts als eine nutzungsneutrale Herrichtung der Gebäude, im Inneren könne qualifizierte Forschung und Wissenschaft eigentlich nicht betrieben werden. Deshalb appelliere er, das zu revidieren, was die Landesregierung an Reduzierungsmaßnahmen vorsehe.

**Herr Frank Ivemeyer** (Kanzler der Hochschule für Musik und Theater in Rostock) verweist auf sein schriftliches Statement (Anlage 7).

**Herr Heinrich-Rudolf Zimmer** (Kanzler der Fachhochschule Neubrandenburg) hat ein schriftliches Positionspapier eingereicht und verweist darauf (Anlage 8).

**Herr Manfred Hülsmann** (Kanzler der Fachhochschule Stralsund) meint, dass das Thema betriebsbedingte Kündigungen nicht funktioniere und Rechtswidrigkeit vorliege. Allein in den Hochschulen habe man die Pflicht und die Verantwortung, die Aufgaben vernünftig zu erfüllen.

**Herr Simon Sieweke** (Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) hat eine schriftliche Stellungnahmen vorgelegt, auf die verwiesen wird (Anlage 9).

**Herr Maik Walm** (Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Rostock) führt aus, dass der 2001 beschlossene Hochschulfinanzkorridor in Rostock mit 200 Stellenkürzungen, man könne auch sagen, einem Fachbereich, vier Studiengängen und zahlreichen Spezialisierungsrichtungen und damit entscheidenden Potentialen für die weitere Entwicklung der Hochschule, durchgeführt wurde. Die Universität stehe dabei vor der Frage,

ob man Studierende zweiter Klasse produziere. An dieser Stelle sollte ein Stoppsignal gesetzt werden. Landespolitik müsse zukunftswürdig sein.

**Herr Johannes Berger** (Präsident des Allgemeinen Studierendenausschusses der Hochschule für Musik und Theater Rostock) erklärt, dass sich die HMT zu einer Hochschule von internationalem Rang und zu einem wesentlichen Kulturträger des Landes entwickelt habe. Die hohe Qualität der Ausbildung sei nur möglich, weil eine Großzahl hochqualifizierter Lehrbeauftragter für ein Honorar arbeite, das weder ihrer Qualifikation noch ihrem Zeitaufwand angemessen sei.

**Herr Andre Röse** (Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses der Fachhochschule Stralsund) sagt, dass an der Fachhochschule 197 Stellen für 1.800 Studenten besetzt seien. Augenblicklich würden aber 2.962 Studenten dort studieren, das bedeute eine Überlast von 64,5 Prozent. Rechne man dies auf den Stellenplan, so fehlten weit über 50 Stellen, nichtsdestotrotz sollten weitere 14 Stellen gekündigt werden. Eine Entscheidung, die logisch nicht mehr zu begründen sei. Die negative Entwicklung im Hochschulsektor würde sich in schlechtere Platzierungen im bundesdeutschen Hochschulvergleich niederschlagen. Konsequenzen für das Land wären die höhere Abwanderung von Studierenden oder Studienanfängern, weniger Zuwanderung von Studierenden aus anderen Bundesländern und auch weniger Einwohner.

**Herr Niels Degner** (Allgemeiner Studierendenausschuss der Hochschule Wismar, Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung) legt dar, dass die Hochschule sehr wichtig für die Stadt und für die Region Westmecklenburg sei. Einerseits als Arbeitgeber, andererseits als Impulsgeber für die Wirtschaft. Angestrebte Kündigungen würden sie in einer Zeit steigender Studentenzahlen und neu konzipierter, international ausgerichteter Studiengänge treffen.

Abg. **Heike Polzin** sagt, dass man Lösungen im Beschäftigtenbereich suche, die eher daran gingen, die Arbeitskraft im vollen Maße zu erhalten und Lehrverpflichtungen nicht zu gefährden. Sie frage aber, ob es nicht noch möglichen Spielraum in der Erhöhung von Lehrverpflichtungen für eine Lehrkraft gebe.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel** antwortet, dass er die Leistungsfähigkeit analog durch Arbeitszeitreduzierung oder Personalreduzierung gemindert sehe. Es sei schwierig, dass mit einem Gerechtigkeitsaspekt zu verquicken. Wenn man sich die Lehrverpflichtungen, die üblicherweise 8 Stunden betrage unter internationalen Gesichtspunkten betrachte, dort, wo die Beispiele in der Bundesrepublik herkommen, an den Eliteuniversitäten, an allen angelsächsischen Universitäten seien die Lehrverpflichtungen zwei bis vier Stunden. Das verschlechtere die Balance von Forschung und Lehre.

**Herr Joachim Wittern** ergänzt, dass man nicht über Kapazitäts- sondern über Finanzreduzierungen rede. Das reduzieren der Gehälter der Universitätsbediensteten, sei der einzig effektive fiskalische Moment. Man sei dann aber nicht mehr konkurrenzfähig.

**Prof. Dr. Reiner Biffar** legt dar, dass man Stunden nicht in Zeitstunden umrechnen könne. Für den Bereich Medizin bedeute Arbeitszeitreduzierung auch Einkommensreduzierung. Man befinde sich in einem Wettbewerb um Ärzte, wo man einen extremen Mangel habe und er werde keine mehr bekommen, da sie in anderen Ländern bessere Angebote bekämen.

Abg. **Mathias Brodkorb** führt aus, dass klar geworden sei, dass im Hochschulbereich eine besondere Situation bestehe. Könne man mögliche Gerechtigkeitsprobleme nicht dadurch kompensieren, dass der Lohnverzicht geringer sei als derjenige, der sich mit einer äquivalenten Arbeitszeitverkürzung verbinde. In anderen Bundesländern sollen im Hochschulbereich ähnliche Prozesse greifen, daraus schlussfolgere sich keine Verschlechterung der Konkurrenzsituation.

**Prof. Dr. Bodo von Bodungen** sagt, dass das man die Erfahrung gemacht habe, dass Leute wegen der geringen Gehälter nicht zu ihnen gekommen seien. Den Wettbewerb mit den Nachbarinstituten könne man nicht aufrechterhalten. Dennoch, die Finanzministerin solle Geld sparen, für irgendwas müsse man sich entscheiden.

**Prof. Dr. Norbert Grünwald** antwortet, dass man jetzt schon in vielen Bereichen große Probleme habe, überhaupt Nachwuchs zu bekommen. Zur Erhöhung der Lehrbelastung an den

Fachhochschulen, dort hätten die Professoren 18 Semesterwochenstunden und die Lehrkräfte für besondere Aufgaben 23, 24. Eine Erhöhung wäre katastrophal für den Auftrag, Lehre und Forschung miteinander zu verbinden.

**Prof. Dr. Rainer Westermann** erläutert, dass Flexibilität ein wesentliches Argument für die Hochschule sei, denn man sei in unterschiedlichen Bereichen in unterschiedlichen Situationen. Bei Stellenausschreibungen sei es essentiell, dass man mit dem Gehalt und der eventuellen Arbeitszeitverkürzung nicht konkurrenzunfähig werde. Das habe zur Folge, dass man keinen guten wissenschaftlichen Nachwuchs mehr bekomme und das sei der Anfang vom Ende der Qualität einer Universität. Notwendig sei eine möglichst große Flexibilität im Umgang mit Geld, da man in unterschiedlicher Weise auf unterschiedliche Situationen reagieren müsse. Für eine Semesterwochenstunde die man lehre, sei das 2,5-fache an Vorbereitung nötig, da man das Wissen auf dem aktuellen Forschungsstand weitergebe.

Abg. **Dr. Gerhard Bartels** fragt, ob es eine Verletzung der Vereinbarung zum Hochschulkorridor darstelle, dass die aktuelle Nachschiebeliste zum Haushalt 2005 eine Reduzierung um 1,66 Mio. Euro beinhalte, weil aus Sicht der Regierung die Einsparung durch die gesetzlichen Veränderungen beim Weihnachts-, und Urlaubsgeld für die Beamten aus dem Hochschulkorridor abzuziehen seien.

**Herr Heinrich-Rudolf Zimmer** antwortet, dass man mit der Haushaltssperre belastet worden sei, obwohl man Planungssicherheit bis 2006 vereinbart habe. Eigentlich habe er gedacht, dass wenn man als Hochschule mit der Landesregierung etwas ausmache, dann gelte das so lange, wie man es vereinbart hätte, aber er habe sich belehren lassen müssen, dass dem nicht so sei.

**Herr Joachim Wittern** stellt fest, dass ein perpetuierter Finanzierungskorridor in der jetzigen Systematik dazu führe, dass die Hochschulen kaputtgehen. Es müsse ein Finanzierungskorridor sichergestellt werden, der den Hochschulen die Mehrkosten im Personalbereich ersetze. Da liege das Grundproblem des Landes, es gebe keinerlei konzeptionelle Hinweise darüber, was das Land zukünftig mit den Hochschulen tun wolle. Wo solle man Stellen wegsparen, was soll erhalten werden, oder wo sollten die Schwerpunkte der Hochschule sein? Es werde schlicht und ergreifend nur an der Finanzschraube gedreht.

**Prof. Dr. Norbert Grünwald** fügt hinzu, dass der Hochschulkorridor für die Hochschulen einen substantiellen Beitrag für die Konsolidierung öffentlicher Haushalte darstelle. Gegen weitere Sachen weigere man sich.

Vors. **Ilka Lochner-Borst** fragt, wie man den Eingriff in den Hochschulfinanzkorridor in Bezug auf die Zielvereinbarung einer autonomen Hochschule beurteile. Weiterhin interessiere sie, wie die Stimmung unter den Studierenden sei, selbst als wissenschaftlicher Nachwuchs oder Existenzgründer im Land zu bleiben, wie es mit der Einwerbung von Drittmitteln bei sinkender Konkurrenzfähigkeit aussehe und ob eine Herauslösung der Hochschulen aus dem BBL sinnvoll wäre.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel** antwortet, dass die Realisierung der Einsparungen bedeuten würde, dass man das, was an Hochschulentwicklungsplanung passiert sei, zerreißen und von vorn anfangen könne. Es hieße in einen Prozess einzusteigen, der radikalen Abbau bedeute. Er sei zum Rektor und nicht zum Konkursverwalter gewählt worden und würde sich bei dieser Aufgabe schlichtweg aus der Verantwortung für die Universität entziehen müssen. Drittmittelforschung sei mit zeitlichem Aufwand für das Stammpersonal verbunden. Man müsse eine erstmal eine auskömmliche Ausstattung haben, um derartige Mittel überhaupt ein zu werben. Es wäre eine zweckwidrige Verwendung, solche Mittel zur Kompensation von fehlender Grundausstattung zu benutzen.

**Herr Niels Degner** sagt, dass die Hochschulen keine Möglichkeit zu planen, sondern nur noch zu reagieren hätten. Weiterhin finde man mit manchen Abschlüssen kaum Aufgabengebiete im Land, obwohl man gern bleiben würde.

**Herr Heinrich-Rudolf Zimmer** stellt fest, dass es einen Haushaltsvermerk gebe, dass Reste der Hochschule im Sinne einer Rücklage zur Verfügung stünden.

**Prof. Dr. Rainer Westermann** verweist darauf, dass Hochschulplanung langfristig gestaltet werden müsse. Wie das Hochschulsystem in zehn Jahren aussehen solle, müsse durch die Landesregierung als Souverän entschieden werden. Das Steuerungsinstrument der



Zielvereinbarung funktioniere nur, wenn sich die Partner auf das Wort des anderen verlassen könnten. Mangelndes Vertrauen wirke sich unmittelbar auf die Qualität der Forschung und Lehre aus und zerstöre die Leistungsfähigkeit.

**Herr Joachim Wittern** erläutert, dass das Problem in der Bauverwaltung die Inflexibilität sowohl im Planungs-, als auch im Realisierungsbereich sei. Es werde über ihren Kopf hinweg geplant. Man brauche keine Bauverwaltung, man könne mit geringer zusätzlicher Personalkapazität eine flexible, handlungsfähige und qualitative Bauplanung selber wahrnehmen.

**Herr Simon Sieweke** erklärt, dass man nicht einsehe, dass man einen neuen Plan ausarbeite, denn das koste Zeit und Energie und die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Plan von der anderen Seite eingehalten werde sei gering. Man müsse sich auf seine Vertragspartner verlassen können.

**Prof. Dr. Bodo von Bodungen** wiederholt, dass eine verringerte Grundausstattung die Akquirierung von Drittmitteln verkompliziere und seine Sparidee für die Landesregierung sei es, die Regelwerke und Regeldichte auf die Forschungs- und Bildungsinstitutionen im Land zu reduzieren.

**Prof. Dr. Werner Melle** sagt, dass mit dem verfallenden Hochschulentwicklungsplan ihre spezielle Absicht einen Modellstudiengang Vorschulpädagogik einzurichten gegenstandslos wäre. Für erfolgreiche Drittmitteltätigkeit brauche man kreative Professoren, entsprechende materiell- technische Voraussetzungen und Laboringenieure. Er würde dafür appellieren die Voraussetzungen nicht zu zerstören.

**Prof. Dr. Norbert Grünwald** erläutert zum BBL, dass an den Hochschulen alle Vorplanungen laufen und dass sie dort richtig seien. Danach verselbständige sich der Prozess völlig, es gehe an den BBL und die Hochschulen seien außen vor. Da gebe es viele Diskrepanzen. Man habe Architekten und Bauingenieure, die diese Leistung besser machen könnten.

Abg. **Frank Ronald Lohse** fragt, ob er es richtig verstanden hätte, dass bei ihnen nichts mehr gehe und man in anderen Ressorts suchen solle.

**Herr Joachim Wittern** sagt, dass das bei der derzeitigen Struktur des Hochschulsystems richtig sei. Wenn man die finanzielle Situation verändern wolle, müsse man sich über die genaue Hochschulstruktur klar werden. Die derzeitige Richtung, die Beibehaltung der Struktur mit weniger Kosten, das gehe nicht.

**Prof. Dr. Norbert Grünwald** fügt hinzu, dass wenn die Struktur beibehalten werde, man sie ausfinanzieren müsse. Man blockiere nicht, sondern leiste seinen Beitrag.

**Prof. Dr. Rainer Westermann** sagt, dass man eine Vollbremsung in der vorgeschlagenen Form nicht hinbekomme, aber man sei bereit über weitere Strukturen nachzudenken.

**Prof. Dr. Josef H. Meyer-Fujara** merkt an, dass es darauf ankomme, das Vertrauen in die Zusagen der Landesregierung aufrecht zu erhalten. Eine Abwärtsspirale im Land müsse vermieden werden.

**Prof. Dr. Werner Melle** erklärt, dass die Hochschulen ihren Beitrag zum Sparen leisten und, dass sie mit ihrem Potential die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes stärken würden. Ziel müsse es sein, die Potentiale zu höherer Wirksamkeit zu bringen. Man müsse sich überlegen, wo Geld einzuspielen sei.

Vors. **Ilka Lochner-Borst** erläutert, dass die Ausführungen in die nachfolgenden Beratungen einfließen werden.

Ende der Sitzung: 13.40 Uhr

So/Lo/Br

Ilka Lochner-Borst

Vorsitzende